

Volksstimme

Redaktion:
Halle a. S., Gr. Brauhausstraße 17
Fernsprecher 6802
Erscheinung täglich von 4 1/2 - 11 Uhr.

Sozialdemokratisches Organ (alte Partei)
für den Regierungsbezirk Merseburg
Erscheint täglich nachmittags mit Ausnahme der Sonn- und Feiertage.

Verlag und Expedition:
Halle a. S., Große Ulrichstraße 27
Fernsprecher 8407
Postfachkonto Leipzig Nr. 87578.

Nr. 279
Bezugspreis: Monatlich 1.75 Mk. frei Haus. Bei
Abholung 1.60 Mk. Bei den Postämtern vierteljährlich
5.25 Mk. ohne Beleggeld. Einjahrespreis 18 Pfennig.

Halle, Donnerstag, den 4. Dezember 1919

Anzeigenpreis: Die 6 Spaltenreze M.-Nummer-Zeile
25 Pfennig, im Reklameteil M.-Nummer-Zeile 75 Pfennig.
— Schluß der Anzeigen-Nachnahme vormittags 9 Uhr. — 3. Jahrgang.

Die blutigen Phariseer.

Halle, den 4. Dezember 1919.
Wir haben schon einmal gesagt, daß der jetzt in
letziger tagende Parteitag der Unabhängigen nicht ohne
Bedeutung für die künftige Entwicklung der Arbeiter-
bewegung ist. Alle die gutgläubigen Optimisten aber,
die sich von ihm recht viel versprochen, werden schon nach
dem ersten Tage enttäuscht worden sein. Die Gegner
der Einigung arbeiten auf der Ugl-Zugung viel lieber
als mit grundsätzlichen Ermahnungen mit dem Argument,
eine Einigung mit den Sozialdemokraten sei nicht mög-
lich, weil „an ihren Fingern Blut klebe“.
Dieses an das Gefühl appellierende Argument hat natür-
lich bei den fanatisch Gläubigen viel stärkere Durch-
schlagkraft als eine verstandesgemäße Auseinander-
setzung über Verantwortlichkeit oder Gemeinnützigkeit der
beiderseitigen politischen Grundzüge. Darum ist es not-
wendig, dieses agitatorische Blutargument wieder ein-
mal auf seine Verwertbarkeit zu untersuchen.

Crispien hat in seiner Eröffnungsrede eine lange
Reihe von Persönlichkeiten angeführt, die blutige Opfer
des Bürgerkrieges geworden sind. Er hat ihnen auch
Gnade angedeihet, obgleich dieser von einem geist-
ranken Anhänger seiner eigenen Partei
geleitet worden ist. Er hat mit keiner Silbe erwähnt,
daß im Bürgerkrieg nicht nur Kommunisten und Un-
abhängige, sondern auch Sozialdemokraten, Bürgerliche
und auflösende ganz unpolitische Personen aus dem Leben
genommen sind. Er hat nicht vom jüdischen Kriegs-
minister, dem Genossen Kurling, gesprochen, nicht
vom bayerischen Minister, Genossen Kauer, der einmal
mit vorgetragener Resolution zur Bismarck-Debatte seine
Wortführung gezwungen, das anstößige Wort „jüdischer
Vandalismus“ zu verwenden, welches...

so daß er nun schon bald ein Jahr traurig darin steht.
Er hat nicht die wichtige Ermordung des Oberstleutnant
Röder in Halle erwähnt und nicht die schreckliche
Mordtötung der Münchener Geiseln. Galt man sich diese
grauenhaften Taten zusammen mit anderen, nicht
minder schrecklichen, vor Augen, so erkennt man, daß
im Bürgerkrieg, wie in jedem Kriege herüber-
und hinübergeschossen worden ist. Es sind dabei von Un-
politischen und Fanatikern der verschiedensten politischen
Richtungen gegen Anhänger beider Lager Schandtaten
verübt worden, die kein menschlich Denker aber auch nur
aufrecht zu rechtfertigen vermag.

Gegen Personen, die im Kampfe gegen Spartakisten
und ihre Bundesgenossen Ausschreitungen begingen,
sind Verhaftungen eingeleitet worden. Wenn dabei zahl-
reiche Demungen zu überwinden waren, so liegt das
an der Unfähigkeit aller Rechtsverständnisse,

die durch den Bürgerkrieg hervorgerufen wurde,
und an der Stärkung offener und geheimer reaktionärer
Einflüsse, die wiederum nur durch die politi-
schen Verhältnisse zu erklären sind. In diesen
Einkeln bewirkt worden ist. Trotzdem wird
kein objektiv Denker bestreiten können, daß die So-
zialdemokratie entschieden für die Verfolgung aller Per-
sonen eintritt, die sich solcher Ausschreitungen zuschul-
den kommen lassen. Wir möchten uns die Frage er-
lauben, ob die reine Gerechtigkeit besser zur Geltung
gekommen wäre, wenn die Spartakisten gefestigt hätten.
Glaubt ein Mensch, die Münchener Geiselmörder wären
dann etwa auch nur so zur Verantwortung gezogen
worden, wie es mit dem Oberleutnant Röder fest ge-
setzt? Die Diktatur des Spartakismus bedeutet nach
seiner bisherigen Erfahrungen Mordfreiheit für
keine Anhänger.

Es also nicht zu leugnen — und es ist so selbstver-
ständlich — daß im Bürgerkrieg Ausschreitungen auf
beiden Seiten verübt worden sind, so bleibt nur die
Frage offen: Wer den Bürgerkrieg und das mit ihm un-
vermeidliche Untergehen gewollt hat? Am 9. No-
vember hat die Sozialdemokratie, indem sie das Schief-
fernde durchsetzte, Tausenden und Abertausenden das
Leben gerettet. Am selben Tage hat sie sich mit den Un-
abhängigen auf eine gemeinsame Regierungsbildung geeinigt,

um die Revolution in unblutige Bahnen zu lenken.
Ihre Mitglieder in der Regierung haben dann, als die
inneren Kämpfe ausbrachen, alles Erdenkliche getan,
um sie durch Verhandlungen zu beenden. Sie haben
wunderbar das Verbot so schon aufrechterhalten, ob-
wohl dieses Verbot dazu benutzt wurde, die Regierungs-
kolonnen zu entlassen, zu misshandeln und widerrecht-
lich in öffentliche Gebäude einzudringen. Erst als die
Regierung in ihrem eigenen Hause gefangen gesetzt und
der Berliner Stadtmannschaft, Genosse Wels, bei der
Einnahme der Spartakisten gefallen war, mit dem Er-
löblichen bedroht wurde, begann eigenmächtig der
Kampf.

Auch er wurde im Dezember 1918 wieder durch Ver-
handlungen beendet. Im Januar befestigten aber Sparta-
kisten und Unpolitische unabhängig das ganze Berliner
Stadtviertel, sie unterdrückten die Pressefreiheit, er-
klärten die Regierung für abgesetzt und bildeten ihre
eigene provisorische Regierung: Leeborn-Steinbrück-
Scholz. Da die Regierung, die die ungeheure Mehr-
heit der Arbeiter- und Soldatenräte hinter sich hatte und
eben im Begriffe war, das ganze Volk zur Entscheidung
anzurufen, gegenüber der Regierung Leeborn-Stein-
brück-Scholz nicht freiwillig abzutreten wollte, kam es
wieder zum Kampf.
Der Bürgerkrieg, den die Sozialdemo-
kratie mit allen Mitteln zu verhindern be-

Neue Entente-Noten.

Dem deutschen Vertreter in Paris ist schon wieder
eine neue Note überreicht worden. Diese Note richtet
sich gegen die in Deutschland organisierte Sicherheits-
polizei, Einwohnervorwachen und Zeitfreiwilligen.
Diese werden als militärische Organisationen bezeichnet,
die dazu sind, das deutsche Heer über das aufgelassene
Maß zu verstärken. Die Note hält diese Einrichtungen,
die wohl dem Ministerium des Innern unterstehen, für
rein militärische Einrichtungen, die dem Artikel 178 des
Friedensvertrages zuwiderlaufen. Dann heißt es in
der Note unter anderem:

Die alliierten und assoziierten Regierungen müssen
sich demnach entschließen, daß die in Deutschland und im
deutschen Ausland organisierten, den Vertragsmäßig
auszuführen, ausgelegt werden können. Sie fordern
insolgedessen die deutsche Regierung auf, die vorbe-
zeichneten Maßnahmen unverzüglich aufzuheben,
jedenfalls aber, daß mit der Aufhebung des
Vertrages die sogenannten Polizeitruppen auf die im Be-
trage vorgesehene Stärke herabgemindert werden und eine
ihren Charakter als Orts- und Gemeindepolizei ent-
sprechende Verfassung erhalten, die Städte, die über die im
Vertrage vorgesehene Zahl hinaus geschaffen sind, sowie
die Reserveorganisation aufgelöst werden.

Eine neue Schwierigkeit, an der mangelhafte „patrioti-
sche“ Demnuziationen nicht ganz unschuldig sind. Die
deutsche Regierung ist seit dabei, die deutsche Heeresmacht
auf das nötige Maß von 200 000 Mann zurückzuführen.
Wie es in Deutschland mit den oben angegebenen Orga-
nisationen ist, ist jedem bekannt. Seit Monaten wird
dabei öffentlich diskutiert und auch der Entente ist
diese Angelegenheit vor Monaten offiziell mitgeteilt
worden. Weprehnungen mit der Entente über diese
Frage sind deutschseits angeregt, aber von der Entente
nicht angenommen worden. Nun werden jedenfalls
Weprehnungen mit der im Friedensvertrag vorgesehene
Entente-Kontrollkommission stattfinden.

Generell ist der deutschen Friedensdelegation eine
Entente-Note über die Abkündigung in Eupen und
Malmedy zugegangen. Es soll danach dort keine Volks-
abstimmung wie in Oberschlesien stattfinden, sondern
den Bewohner der in Frage kommenden Kreise, die
eines den Wunsch haben sollten, daß ihr Heimatgebiet
unter deutscher Herrschaft verbleibe, zu gestatten, ihrem
Wunsche frei Ausdruck zu geben. Die Lösung der Frage
sei trotz früherer anderer Zustimmungen Sache der
Belgier.

Generalkreis in Rom, Mailand und Florenz.

Am 2. Dezember. Stefano. Infolge eines
Heinerer Zwischenfalls, die sich am Montag in Rom ereigneten,
wurde in Rom, Mailand und Florenz der Generalkreis
erklärt. Der Streik war besonders am Nachmittag
allgemein. Der Zustand auch in den drei genannten Städten
Anfang in patriotischen Kundgebungen. Überall bildeten sich
Märsche unter dem Zeichen der roten Fahne und der Sonne,
die insofern im Widerspruch zu stehen, von der Partei nicht
verboten wurden. Zwischenfälle waren bis jetzt nicht ge-
schehen, außer in Mailand, wo bei einem Zusammenstoß mit
Manifestanten tödlich und mehrere Personen verletzt wurden.
In Rom besetzte der Streik eine besondere Zwischenfälle am
Montag an. Zu einigen Kundgebungen kam es am Montag.
Da die Exponenten für den Streik noch entschlossen haben, werden
die Festnahmen heute Abend und morgen früh nicht er-
wartet.

Am 3. Dez. (Eugenio Stefano). Der Sozialist
Lazzari erklärte am Montag der Besprechung der Zwischen-
fälle vom Dienstag in der Kammer, daß der allgemeine Streik
bisher, die parlamentarische Parteiaktion und die sozialisti-
sche Kammergruppe beschließen hätten, den Generalkreis
in allen Städten Italiens am Mittwoch
am Mittwoch abzubrechen.

Frei war, ist von den Kommunisten und
Unpolitischen unabhängig
bewußt und planmäßig angezettelt worden.

Ende Dezember 1918 beschloß der kommuni-
stische Parteitag, die Wahl und die Tätigkeit der
Nationalversammlung mit Waffenge-
walt zu verhindern. Dieser Beschluß war
durchaus kein Geheimnis, er wurde in voller Offen-
heit gefaßt.

Angefaßt dieser Tatsachen muß man den Mut
der Leute bewundern, die heute sagen, man
könne sich mit den Sozialdemokraten nicht einigen, weil
„an ihren Fingern Blut klebe“. Diese Leute sind
zum großen Teil eben diejenigen, die das
Untergehen mit Absicht und Vorbe-
dacht herbeigeführt haben. Will man durch-
aus von Leuten sprechen, an deren Fingern Blut klebt,
so mögen sich die Unpolitischen und die ihnen be-
nahenden Kommunisten in ihren eigenen Reiben um-
sehen!

Nach unserer Auffassung ist es freilich besser, nicht in
den alten Wunden zu wühlen, sondern dafür zu sorgen,
daß dem neuen Volkstörper nicht neue zugefügt werden.
Wichtigere als nach den Urhebern gefahrenen Blut-
vergießens zu suchen, ist es, politische Zustände
zu schaffen.

die den Brudermord als Mittel des Kampfes ein-
für allemal unzulässig machen.

Deshalb tritt die Sozialdemokratie trotz allem, was ge-
schehen ist, für die Einigkeit der Arbeiterbewegung ein.
Aber sie will, daß die Arbeiterbewegung nicht durch
die durch eine bedingene Bluthese die
Einigkeit hintertreiben, beweisen da-
durch ihr schlechtes Gewissen. Wir brauchen
die Einigung, aber keine Phrasen, die wohl auf Urteils-
lose wirken — aber auch da nur vorübergehend. So
schönfärbig wie man im Interesse der Arbeiterbewegung
und des Sozialismus die Einigung beschwört, so
muß man doch — leider — gestehen, daß, solange die
Praktik sich so pharisaisch in die Brüst werfen, die
Zeit der Einigung noch nicht erfüllt ist.
Aber kommen wird sie, trotz der Bluthese.

Der Bul'an im Osten!

Von Th. Wolff-Tilfit, M. d. R.
Der ganze Osten brennt. Die Katschubra ist ein-
getreten. Ein Teil unserer früheren Armee ist in
Lita uen eingeschlossen und befindet sich im schweren
Kampfe. Täglich treffen in Lit uen aus dem Balti-
kum um gestohlene Kruppen ein. Sie wollen deutsch
bleiben!

Diese rückwärtigen Truppen beitägen, was wir
immer behauptet haben, daß das ganze Balti-
kum mit dem Eis in Lit uen das Sammel-
boden der konterrevolutionären und
monarchisch gesinnten Soldateska war.
Sonabend, den 22. v. M., traf in Lit uen ein nicht
endenmollerer Stappen-Lagerzug ein. Verwundete
wurden mit Autos und Möbelwagen nach den Lazaretten
überführt. Die armen Opfer, die ihr Los zum Teil selbst
verschuldet haben, zum Teil aber durch Verschleppungen
falscher Tatsachen oder durch den Terror der Offiziere
verwundet oder verendet in die Heimat zurückkehren,
sollten diese Offiziere verantwortlich machen.

Die Sozialisten Lit uens und einiger Nach-
barkreise sehen die Gefahr täglich wachsen. Sie haben
seit Juli nichts unternommen, den Scherminister
darauf aufmerksam zu machen.

Seider bis vor kurzer Zeit vergeblich.
Die bürgerlich demokratische und altsowjetische Presse
des Ostens behaupt heute noch die Kühnheit, zu behaupten,
daß es im Baltikum nur „regierungsfeindliche
Truppen“ gibt. Im Gegenteil! Die Volksgewaltigen
werden nur von Gaullern und gewerbsmäßigen Bessern
verführt.

Während dies die bürgerliche Presse schreibt,
werden von uns täglich Werbenester für die russische
Westarmee ausgehoben. Täglich überschreiten noch
heute irreguläre Mannschaften den angrenzenden
Rettstrom, um nach Rußland zu gelangen. Diese
Tute sind mit Militärpapieren vorzüglich versehen. Uns
vorgelegte Urlandscheine tragen auf der Rückseite einen
Schloßstempel: Einreise nach Deutschland und
zurück genehmigt. Sie tragen ferner den Stempel:
Der deutsche Gesandte bei den Regie-
rungen Lettlands und Estlands, und sind

